Der „Saskatchewan Courier"
ist die größte deutsche Zeitung der Provinz und wird in allen deutschen Ansiedlungen gelesen. Erscheint jeden Mittwoch und kostet bei Vorausbezahlung $1.00 pro Jahr. Bestellungen werden zu jeder Zeit angenommen. Man adressiere: „Sask. Courier Publ. Co.", Drawer 505, Regina, Sask., oder spreche in der Office vor. Anzeigen-Raten werden auf Verlangen mitgeteilt.

Saskatchewan Courier

Organ der Deutschen Saskatchewans.

THE "SASKATCHEWAN COURIER"
Is the largest German newspaper published in Saskatchewan. It is by far the best medium to reach the many prosperous Germans in city and country. Advertising rates on application. Published every Wednesday at Regina, Sask.
Subscription price $1.00 in advance.
P. O. Drawer 505. - - - - - - Telephone 67.

3. Jahrgang | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, 4. Mai, 1910 | No. 28.

„Courier" und Flottenfrage.

In der Flottenfrage hat der Saskatchewan Courier von vornherein die Stellung eingenommen, daß, wenn Canada Geld für Kriegsschiffe ausgeben will, es besser ist, eine eigene Flotte zu beginnen und nach und nach auszubauen, als Millionen von Dollars an Großbritannien für Kriegsschiffsbauten zu schenken. Letzteres wäre eine Anwendung des gefährlichen und heute nicht mehr durchzuführenden Grundsatzes: Besteuerung ohne Vertretung.

Natürlich sind Flottenrüstungen mit großen Ausgaben verbunden. Darum hätten wir es gewiß lieber gesehen, wenn die Schaffung einer Kriegsflotte noch hinausgeschoben worden wäre. Aber da die öffentliche Meinung mit Gewalt etwas verlangte: entweder Kriegsschiffe bauen oder schenken, so entschieden wir uns für das Erstere und traten mit voller Ueberzeugung dafür ein. Wir taten das, weil der Bau einer eigenen Flotte Canadas Selbstgefühl und Nationalstolz stärkt, Canadas Ansehen hebt, der Regierung des Landes die Kontrolle über die Flotte in die Hand giebt, weil dadurch eine neue Industrie hier ins Leben gerufen und gestärkt wird und weil das für die Flotte verausgabte Geld nicht außer Landes geht, sondern im Lande bleibt.

Was uns noch besonders am Flottengesetz gefällt, ist die Bestimmung, daß die Kontrolle der Flotte in die Hände des Parlaments gelegt ist. Die englische Admiralität kann unsere Flotte nicht ohne Weiteres bei Ausbruch eines Krieges da oder dort hin kommandieren. Das Parlament — d. h. das Volk selbst durch seine Vertreter — hat zu entscheiden. Das ist eine Bestimmung, die modern-demokratisch ist. Das Volk schafft seine Machtmittel, schmiedet selbst seine Angriffs- und Verteidigungswaffen — und das Volk soll auch die Macht haben zu sagen, wann diese Mittel zur blutigen Anwendung kommen sollen. Sir Wilfrid Laurier erklärte in der Debatte wieder und wieder, daß Großbritannien vielleicht in Kriege verwickelt werden könnte, wo es für Canada wünschenswert sei, nicht an denselben teilzunehmen. Und das war sehr vernünftig und gut gesprochen. Die Opposition dagegen wollte mit aller Gewalt die Bestimmung durchbringen, daß die Flotte, wenn England in einen Krieg verwickelt wird, sofort und ohne weiteres der britischen Admiralität unterstellt wird.

Damit zeigte die konservative Partei, wie wenig sie in Dies freie, sich selbst regierende Land paßt. Die konservative Partei: sie ist die Reaktion.

Die „Frankfurter Zeitung", der wir unser Blatt seit einigen Monaten zusenden, brachte kürzlich einen Leitartikel: „Deutschtum in Canada", in dem sie über den Saskatchewan Courier schreibt und unter anderm zu unserer Stellung in der Flottenfrage Folgendes bemerkt:

„So tüchtig die Canada-Deutschen sich zusammenschließen, ihre deutsche Art und Sprache behaupten und auf ihre alte Heimat stolz sind, ein Feld für alldeutsche Schwärmereien ist dort dennoch nicht vorhanden; ebensowenig blüht allerdings der „allbritische" oder der „allamerikanische" Weizen. Der „Courier" hat beispielsweise in der Flottenfrage einen ungemein vernünftigen und anerkennenswerten guten deutschen und zugleich guten canadischen Standpunkt bezogen. Er streicht die schwarz-weiß-rote Flagge nicht; wenn irgendwo in Deutschland ein neues Kriegsschiff getauft wird, oder wenn deutsche Seeleute draußen sich tüchtig halten, so berichtet der „Courier" stolz und mit Freimut von diesen Dingen. Er duckt sich nicht und bückt sich nicht. Er weist die Großsprechereien der Deutschenfresser in England und in Canada mit ruhigem Selbstbewußtsein zurück. Doch er vergißt auch nicht, was der deutsche Ansiedler in Canada dem neuen Vaterland schuldet. Dieses besonnene, verständige Deutschtum drüben hat nicht den Versuch gemacht, gegen die canadischen Flottenbaupläne Sturm zu laufen. Canada kann in Zukunft ein Weltreich von Bedeutung werden, wie soll es von dem allgemeinen Rüstungstaumel völlig frei bleiben? Aber die canadischen Deutschen wünschen denn doch nicht, daß Canada Kriegsschiffe für die englische Flotte baut. Dafür muß Großbritannien gefälligst selbst sorgen. Canada den Canadiern. Das ist die einfache und naturgemäße politische Weisheit, zu der sich auch die Deutschen in Canada bekennen.

„Der Kampf um die Flottenfrage, der in Canada im Parlament und in den Parteien sehr lebhaft geführt wurde, hat in diesem Sinn auch die kräftige Beteiligung der Deutschen gefunden. Wir freuen uns der Haltung unserer Landsleute in der Ferne, wie gesagt, ohne auch nur die geringste alldeutsche Einbildung. Wir glauben, daß ebenso wie in der großen Republik die Deutschen anerkanntermaßen einer der wertvollsten Bestandteile des amerikanischen Staatsbürgertums geworden sind, sie auch in Canada als ein nützliches, fortschrittliches, gedeihliches Element sich erweisen werden. Wenn aber verhetzte Kriegsphantasten Canadas in ihre Wildheit hineinziehen möchten, so werden sie auf den kaltblütigen und seelenruhigen Widerstand der Farmer deutscher Abstammung stoßen. Die in Frieden das Land bauen und seine Kultur mehren wollen."

„In Frieden unser Land bauen und seine Kultur mehren", das ist's, was wir Deutsche Canadas wollen, um die Deutschen es in den Ver. Staaten getan und noch tun. In fleißiger Arbeit wollen wir am Fortschritt und Aufbau unserer neuen Heimat mitwirken, unserer neuen Heimat — der Großen beschieden ist. Und da wir uns zu entscheiden hatten für eine eigene Flotte oder eine Art Tribut an England in Gestalt von Kriegsschiffen, so mußten wir das Erstere, weil es in unsere politische Entwicklung bis heute logisch hineinpaßt und weil es für Canadas Zukunft das Vernünftigste und Beste ist.

Auch so helfen wir am Aufbau unseres Landes.

Kein Feind der Ausländer.

In letzterer Zeit hatten wir verschiedentlich Gelegenheit, uns über einige Ausländertreiber auszulassen. Doch waren diese Herren keine Bewohner Saskatchewans. Beide Herren, die wir, und der „Kardinal" namentlich einen von ihnen, aufs Korn nahmen, waren von Winnipeg.

Wir wollen nun damit nicht andeuten, daß es hier keine Ausländerfeinde giebt. Diese Spezies ist wohl auch hier anzutreffen, wie natürlich in jedem Land mit einer sehr gemischten Bevölkerung.

Wie es für uns vom Ausland Kommende sehr unangenehm ist, gehässige Aeußerungen über die Fremdengier zu hören, so ist es uns doppelt unangenehm, wenn wir gebildete Leute sich gerecht und sympathisch über die Ausländer äußern hören. Und das kommt doch auch vor. Und wenn wir wegwerfende Bemerkungen eines Ausländerfeinds unsern Lesern mitteilen und solche Aeußerungen zurückweisen, halten wir es andererseits auch für nicht mehr als gerecht und billig, die Worte solcher mitzuteilen, die den Einwanderer gerecht und sympathisch beurteilen. Mit großer Freude brachten wir kürzlich eine Aeußerung unseres verehrten Premierministers Sir Wilfrid Laurier über die Deutschen dieses Landes. Sir Wilfrid sagte, die Deutschen Canadas gehörten zu den besten Bürgern des Landes. Wenn der erste Bürger des Landes so etwas in öffentlicher Versammlung sagt, dann können wir Deutsche, die doch auch zu den Ausländern gehören, ob wir nun schon Bürger sind oder nicht, doch wohl zufrieden sein und brauchen uns nicht allzu sehr über das gehässige Geschimpfe einiger Dummköpfe aufzuregen.

Kürzlich hielt der Präsident der Universität von Saskatchewan, Herr W. A. Murray, eine Rede vor dem Canadischen Club in Regina. In dieser Rede sprach er über den Aufbau und die Heranbildung einer Nation. Er führte die Ver. Staaten an, wie diese aus heterogenen Elementen ein kraftvolles energisches Volk herangebildet haben, meinte aber, Canadas Aufgabe sei eine noch schwierigere, wie die Aufgabe, die die amerikanische Republik zu lösen hatte. Vor hundert Jahren hatten die Ver. Staaten ungefähr ebenso viel Einwohner wie Canada jetzt hat, aber lange keine so große Einwanderung. In der Mitte des letzten Jahrhunderts, wo die Einwanderung in die Staaten ungefähr so groß war, wie unsere jetzige Einwanderung, gab es in den Staaten 150 Bewohner auf jeden Neuankömmling, während in Canada ungefähr 30 Bewohner auf einen neuen Einwanderer kommen. Das macht die Assimilation für die Canadier natürlich schwieriger.

Andererseits, so führte Redner aus, wird diese Schwierigkeit dadurch gemindert, daß die meisten unserer Einwanderer zu den nordeuropäischen Volksstämmen gehören. Briten, Deutsche und Skandinavier kommen hauptsächlich von drüben und auch die Einwanderer von den Ver. Staaten gehören meistens der germanisch-skandinavischen Rasse an. Ihre Sitten, Gebräuche, moralische und politische Ideale sind einander eng verwandt.

Schließlich ermahnte Redner seine Zuhörer, den Einwanderern gegenüber nicht die Rolle des Hilfeleistenden zu spielen. Gerechtes, humanitäres und hilfsbereites Benehmen den Neuankömmlingen gegenüber sei empfehlenswert. Sie sollten stets an der Ueberzeugung handeln, daß alle hier seien und hierher kamen, um ein neues, großes und tüchtiges Volk aufzubauen. Alle sollten sich in diesem Bestreben vereinigen, damit sich eine Nation herausentwickele, beeinflußt durch die Traditionen, Sitten, Gebräuche und Ideale der ältesten Völker aus den besten Gegenden Europas.

Das ist sehr vernünftig und gerecht gesprochen und wir freuen uns, diese Aeußerungen unsern Lesern mitteilen zu können. Und wir wollen unser Bestes tun, die schönsten Eigenschaften der deutschen Rasse dem canadischen Volk mitgeben. Alle guten schönen Sitten und Gebräuche wollen wir hegen und pflegen, um sie so nicht nur uns zu erhalten, sondern um ihnen auch Canada zu bereichern. Unsere schönen deutschen Weihnachtsgebräuche haben Canada ja fast schon gänzlich erobert. Und so wollen wir in jeder Hinsicht versuchen, Canada zum unserem Besten zu geben.

Aus dem Dom. Parlament.

Die eingebrachte Kanonenverbot-Vorlage ist nun vom Parlament angenommen worden. Man hat versucht, aus der unsinnigen Bill ein etwas vernünftigeres Gesetz zu machen, um einerseits das übermütige Wetten etwas einzuschränken, andererseits doch der Kanonenfreudigkeit keinen großen Schaden zuzufügen.

Im Senat sagte einer der alten Herren im Verlauf der Beratungen über das Gesetz, die Tendenz, die Menschen „durch Gesetzgebung in den Himmel bringen zu wollen", nehme in Canada mehr und mehr zu. Aber das ist seiner Meinung nach grundfalsch.

Interessanter Haggart von Winnipeg brachte die Frage der Erweiterung der Grenzen der „Provinzen-Planung" Manitoba vor und erinnerte an eine Resolution des Parlaments im Jahre 1908, zu dieser Grenzerweiterung gutgeheißen wurde. Er verlangte, daß, wenn die öffentlichen Ländereien in diesem zu Manitoba zu schlagenden Gebiet nicht der Provinz übergeben werden würden, keine Provinz die gleichen Geldentschädigungen verlange, wie sie Saskatchewan und Alberta bekommen hätten.

R. L. Borden unterstützte den Abgeordneten von Manitoba in seinen Ausführungen und Forderungen und meinte im Verlauf seiner Rede, daß Manitoba, Saskatchewan und Alberta ganz gewiß Besitz der öffentlichen Ländereien berechtigt seien.

Premierminister Laurier antwortete und führte aus, daß die Herren Roblin und Rogers zu hochgehende Forderungen stellen und daß diese Frage deswegen noch immer nicht entschieden sei. Wenn Vertreter der Provinz mit der Regierung in verständigem Sinn und Geist verhandeln wollten, so sei die Regierung jederzeit zu einer Konferenz bereit, um die Bedingungen zu bereinigen. Er müsse Roblin und Rogers verurteilen, weil sie verlangt hatten, durch ganz verdrehte Angaben politisches Kapital aus der Frage zu schlagen. Haggart's Resolution wurde dann mit einer Mehrheit von 39 niedergestimmt.

Die Regierung erhielt also so gut wie ein Vertrauensvotum. Das geschah in letzter Zeit noch verschiedene Male. Einige Herren von der Opposition, die unmöglich Skandale und Gerüchte suchen — nur bei sich selbst nicht — brachten verschiedene Dinge vor, um die Regierung oder Regierungsparteileute in Mißkredit zu bringen. Einer behauptete, Mitglieder der liberalen Partei hätten versucht, zu gewissen Zeiten die Pulverlieferungen, mit Munitionsmaterial usw. zu verschieben; ein anderer kam mit Anklagen gegen den Minister für öffentliche Arbeiten, W. Pugsley, ein dritter verlangte das Impeachment des Innern unter Frank Oliver wegen Verkaufs einer Indianer-Reservation eingesetzten. Alle Anklagen aber fielen bald in sich zusammen. Die enttäuschten Parteimen verstummten es bald, sich nützlich zu machen und das Vertrauen des Hauses zu behalten.

Der Kommission zur Untersuchung der Anklagen des früheren Chef-Inspizienten der Grand Trunk, Hannaford, hat seinen Bericht eingereicht, aus welchem hervorgeht, daß Inspizienten Hannaford nicht zu seinen Anklagen berechtigt war und daß er offenbar nicht imstande und willens genug gegen die ihm unterstellten Inspizienten und Beamten auftritt.

Eine heiße Debatte gab's infolge einer Resolution des konservativen Abgeordneten Bennett, daß das ganze Mehrerträgnis des Baues der Grand Trunk Bahn einer Untersuchung unterworfen werden sollte, da die Kosten der Bahn viel zu hoch würden, wie die Verantwortliche gelautet hätten und weil die Bahn in Prärideuten Viehe Zukunft neue große Terminal-Anlagen mache, wodurch sie einen großen Teil des canadischen Verkehrsgebiets an einen nordamerikanischen Hafen führe. Es gab eine lange und geregte Debatte, an der auf Seiten der Konservativen auch R. L. Borden teilnahm. Auf der Regierungsseite verteidigte es selbst der Eisenbahnminister-Hon. Graham geschickt die Regierung zu verteidigen. Bei der Abstimmung fiel die Resolution durch, 106 stimmten dagegen und 42 dafür, eine Regierungsmehrheit von 64.

Oliver's Bill zur Amendierung des Volksunter Beamte hat wurde angenommen. Danach ist die Zeit zur Ausbildung der Soldaten in Camps bis Ende 1911 verlängert. Auf Antrag W. M. Martins, Regina, erhielten vier Leute, die ihr Recht auf Stimme verloren hatten, ihre Rechte zum neuem gewährt.

Dr. Roche, ein Abgeordneter Manitoba's, machte eine Bestimmung, in das Heimstättengesetz aufgenommen haben, daß Frauen ebenso gut wie Männer Heimstätten aufnehmen können. Dadurch hoffe er, würden mehr Frauen nach dem Westen kommen. Er habe auch nicht ein, warum ein Vater, der vier Töchter hätte, nicht dasselbe Recht haben solle betreffs seiner Kinder, wie ein Vater, der Söhne habe.

Der Antrag ging nicht durch.

In Abwesenheit des Marineministers brachte Sir Wilfrid selbst die Marine-Voranschläge ein. Der Kreuzer Niobe, der 1,585,000 Dollars kostete, werde im Juli in Halifax ankommen und auf dem St. Lorenz stationiert werden. Der Kreuzer Niobe kostete 275,000 Dollars. Im ersten Jahr würden 422 Rekruten eingestellt werden. Offiziere und Matrosen müßten für die ersten Jahre von Großbritannien „geliehen" werden.

Auf eine Anfrage erklärte der Premier, daß die Matrosen dieselbe Uniform wie in der englischen Marine tragen würden. Anstelle des Lorbeers in der britischen Marine, werde in der canadischen das Maple (Ahorn) Blatt zur Dekorierung verwendet werden. Was die Flagge anbetreffe, so werde auch die britische Kriegsflagge mit canadischem Wappen darauf verwendet werden.

Das Wandern.

Die Wanderbewegung der amerikanischen Farmbevölkerung ist eine eigenartige Erscheinung im nationalen wirtschaftlichen Leben und zum Teil vielleicht eine mitwirkende Ursache nicht sowohl der teueren Preise der Farmerprodukte als der hinter dem Bedarf zurückbleibenden Produktion. Allerdings Stein setzt kein Moos an, und wo der Eigentümer der Farm von Ernte zu Ernte davonzieht, bleibt nicht viel Zeit für dauernde Verbesserungen, die den Ertrag vermehren. Ihm genügt es, daß auch ohnedies der Preis des Landes steigt. So kann er verkaufen, und anderwärts mehr Acker ernten, die wiederum loszuschlagen er nicht ansteht, sobald ihm annehmbarer Preis geboten wird. Als Beispiel wird ein Farmer in Kansas angeführt, der vor 13 Jahren eine Farm von 40 Acker in Ohio eignete. Dann nach Weiten kam, seitdem zwölfmal verkauft und wieder verkauft hat und nun seinen Landbesitz auf 35,000 Dollars schätzt. Er ist bereit, wieder loszuschlagen, um mit nächstem Jahr durch neuen Ankauf noch ein paar tausend Dollars daran zu verdienen. Der steigende Landwert lockert den Farmer dazu; wie viel spekulativer Einfluß von außen dabei mitwirkt, läßt sich nicht gut sagen. Da der Ertrag stationär zu bleiben scheint, ist wohl der zunehmende Landhunger die hauptsächlichste Ursache. In den gut bevölkerten Gebieten des östlichen Kanada und von Nebraska ist der Preis des Landes von $9.000 auf $16,000 für die Vierteilsection gestiegen. Hundert Dollars per Acker ist ganz gewöhnlicher Preis.

In welchem Maße die Spekulation daher eine Rolle spielt, geht aus der großen Zahl von Hypotheken hervor, die zumeist von Versicherungs-Gesellschaften getätigt werden. Der Zinsfuß derselben, der vor 3 Jahren noch 5 bis 5½ Prozent war, ist jetzt 6 und 6½ Prozent. Denn es gehört stärkes Kapital zu den Grund-Transaktionen. Bemerkenswert ist, daß der sehr harte Farmer bedeutend weniger Barprofit hält, als der unstät umherziehende, der nur auf den „Bargain" aus ist, der Gewinn verspricht. Der Farmer, der lieber auf seiner Scholle klebt, hat auch weniger Interesse an der Verschuldung, für die er schließlich nur dem Steuereinnehmer Tribut zu zahlen hat. Der gesamte Westen, nicht blos Kansas und Nebraska, ist in die Bewegung eingeschlossen, wie aus den Summen zu ersehen ist, die von Versicherungs-Gesellschaften als Hypotheken ausgeliehen werden, für die gerade von Farmern die größte Nachfrage ist, die zu der beweglichen Bevölkerung zu zählen sind. Zwei große Gesellschaften haben nachfolgende Summen auf Farmeigentum ausgeliehen:

Missouri	$21,000,000
Iowa	20,000,000
Kansas	10,200,000
Nebraska	9,400,000
Minnesota	16,000,000
Oklahoma	2,100,000
Texas	4,700,000
Nord-Dakota	6,000,000
Süd-Dakota	4,600,000
Colorado	4,000,000

Nun sich aus der Not zu helfen, wie das vor einem oder zwei Jahrzehnten noch geschah, brauchen die Farmer das Geld nicht. Damals haben die darleihenden Gesellschaften schlechte Geschäfte gemacht, denn wenn Dürre eintrat und der Acker nichts einbrachte, ging der Farmer davon und ließ dem Darleiher das öde Land und den Steuerzettel zurück. Jetzt sind die Versicherungsgesellschaften ganz gut vorbereitet, denn die Farmer haben Geld, so viel sogar, daß ein Automobil, wie ein amerikanischer Bericht sagt, für sie kein Luxus mehr ist. Farmer in Kansas haben im Jahre 1909 für Automobile etwa $3,200,000 ausgegeben. Etwa 76,000 Farmer im Gebiet der Ver. Staaten sollen sich im Besitz von Automobilen befinden.

Die Wanderbewegung hat laut Bericht in diesem Jahre ebenso flott eingesetzt, wie sie im vorigen Jahre war. Das nordwestliche Canada hat soweit den größten Segen davon gehabt, neuerdings ist der Südwesten in Aufnahme gekommen, namentlich Texas, wo Landgesellschaften große Verkäufe an Farmer aus den nördlichen Gebieten machen, die ihr Land, das sie früher für $2 den Acker erstanden hatten, jetzt zu $20 und $40 verkaufen können. Der Ueberschuß wird in mehr neuem Land angelegt. Die Bevölkerung giebt neue Gelegenheiten zur Landerwerbung. Die Aussichten sind, daß die Wanderlust der Farmer noch manches Jahr anhalten wird.

(Wechselblatt.)

Giftmörder geständig.

Von Wien wurde dieser Tage berichtet: Ungeheure Sensation erregte in allen Kreisen der Bevölkerung die unerwartete Kunde, daß Oberleutnant Hofrichter im Gewahrsam ein umfassendes Geständnis abgelegt und sich der Absendung der verhängnisvollen Cyankali-Briefe schuldig bekannt habe. Das Geständnis erfolgte nach hochdramatischen Vorgängen. Der Auditor hatte Hofrichter das gesamte Belastungsmaterial vorgelegt und die Unmöglichkeit seines Entkommens dargetan. Des Ferneren hatten die Aerzte, welche den Oberleutnant beständig beobachtet, ihm mitgeteilt, daß sein Simulieren völlig nutzlos sei. Nun machte Hofrichter schwere Seelenkämpfe durch. Es trat eine Depression ein, unter welcher er völlig zusammenbrach.

Dann ersuchte Hofrichter darum, den Auditor herbeizurufen. Diesem gestand er, daß er die todbringenden Giftbriefe versandt habe, weil er die Hoffnung gehegt habe, durch die Beseitigung seiner Vordermänner in den Generalstab zu kommen. Das Motiv der Tat sei die Liebe zu seiner Gattin gewesen. Er habe gewünscht, ihr ein sorgenfreies Leben zu sichern.

Inzwischen ist die Frau Hofrichters vernommen worden, weil, wie verlautet, Anzeichen ihrer späteren Mitwisserschaft vorhanden sind. Die Aerzte erklärten sie vernehmungsfähig. Vorläufig war die Frau, welche vor wenigen Monaten entbunden wurde, nicht in Haft genommen worden. Als ihr Mitteilung von dem Geständnis des Gatten gemacht wurde, nahm sie diese ziemlich gefaßt entgegen.

Später aber wurde Frau Hofrichter doch in Gewahrsam genommen. Sie wurde lange verhört, ohne daß dies zu einem Ergebnis geführt hätte. Einstweilen wurde sie in Haft behalten.

Hofrichter kann zum Tode oder zu lebenslänglichem Kerker verurteilt werden. Beides ist nach dem österreichischen Strafgesetzbuch verboten, wenn nicht der Angeklagte ein förmliches Geständnis ablegt.

Am 20. November v. J. war der Generalstabs-Hauptmann Mader in Wien tot aufgefunden worden. Die Untersuchung ergab, daß Mader kurz vorher ein Pulver zu sich genommen hatte, das ihm gleich anderen Generalstabsoffizieren durch die Post zugeschickt worden war und das, wie der angebliche Absender „Charles Francis" in dem Begleitbriefe behauptete, bei Nervenschwäche ausgezeichnete Dienste leisten sollte. Durch die chemische Analyse wurde nachgewiesen, daß dieses Pulver aus Cyankali bestanden hatte. Sofort nach dem Bekanntwerden der Tatsache, daß Hauptmann Mader durch Cyankali vergiftet worden sei, legte sich die Polizei, um eine Basis für die Nachforschungen zu gewinnen, die Frage nach dem Motiv des Anschlags vor. In erster Linie wurde dabei mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Giftsendungen von einem beim Avancement zum Generalstabs-Hauptmann übergangenen Offizier bewerkstelligt seien. Auf die dabei in Betracht kommenden achtzig Offiziere erstreckten sich nunmehr die Erhebungen, die mit der Feststellung begannen, welche von den Offizieren um die kritische Zeit Urlaub hatten und in Wien gewesen waren. Auf Grund verschiedener Anzeigen verdichteten sich die Verdachtsmomente gegen den damals in Linz garnisonierenden Oberleutnant Adolf Hofrichter vom 14. Infanterie-Regiment, der sich unter jenen Offizieren befand, die beim letzten Avancement nicht vorrückten. Hofrichter war zufolge des Ranges, den er seiner Zeit in der Kriegsschule bekleidet hatte, für eine eventuelle Einberufung in den Generalstab als Hauptmann in Betracht gekommen. Er durfte also annehmen, so folgerte die Polizei, daß seiner Einberufung in den Generalstab nichts mehr im Wege stehen würde, sobald seine Vordermänner, zu denen auch Hauptmann Mader gehörte, mit Tod abgegangen sein würden. Hätten die anderen Empfänger der Giftsendungen nicht glücklicher Weise gezögert, das Pulver zu sich zu nehmen, so wären auch sie dem Anschlag zum Opfer gefallen.

Trotz der erdrückenden Schuldbeweise, die nicht nur Hofrichter's Anwesenheit in Wien zur kritischen Zeit über jeden Zweifel stellten, sondern auch jeden der von ihm zur Beschaffung und Fortsendung des Giftes unternommenen Schritte klarlegten, konnte Oberleutnant Hofrichter vordem nicht zu einem Geständnis gebracht werden. Er hatte sich aber selbst verraten, teils dadurch, daß er mit Hülfe von eingeschmuggelten Medikamenten Geisteskrankheit simulieren wollte, teils auch dadurch, daß er in Briefen, die er durch bestochene Wärter an seine Angehörigen befördern ließ, Anweisungen gab, wie dieser oder jener Belastungszeuge vor Gericht aussagen solle.

Im Lande seiner Väter.

Theodore Roosevelt, der am Freitag früh kurz nach Mitternacht von Amsterdam im Haag eintraf, wurde trotz der ungünstigen Stunde am Bahnhof von einer riesigen Menschenmenge begeistert begrüßt. Als der Ex-Präsident den Zug verließ, entstand ein Gedränge, gegen das die Polizei machtlos war, und verschiedene Personen erlitten bei dieser Gelegenheit ernstliche Verletzungen.

Der Minister des Auswärtigen van Swanderen begrüßte den Gast am Zug im Namen der holländischen Regierung und fuhr mit ihm in einer Hofequipage nach dem in der Nähe der amerikanischen Botschaft gelegenen Hotel des Indes. Dort wurde Roosevelt von seiner Familie erwartet, die einige Stunden vor ihm eingetroffen war. Eine große jubelnde Volksmenge hatte sich vor dem Hotel versammelt und schließlich mußte Roosevelt auf den Balkon heraustreten, wo er der Menge eine Verbeugung machte, und sich dann wieder zurückzog.

In Hat Loo hießen Herrn Roosevelt Königin Wilhelmina und Prinz-Gemahl Heinrich, sowie hohe Persönlichkeiten des Reiche willkommen. Auch gab die Königin ihm zu Ehren ein Gabelfrühstück.

Als Oberst Roosevelt im Sommerheim der Königin zu Het Loo eintraf, stand der Prinz-Gemahl auf den Vordertreppen, seiner harrend. Sobald das Automobil mit dem Amerikaner hielt, schüttelte Prinz Heinrich, ohne eine Vorstellung abzuwarten, des Ex-Präsidenten Hand und half ihm beim Aussteigen aus dem königlichen Automobil, welches die Gesellschaft von Arnheim gebracht hatte. Nachdem der Prinz vorher Frau Roosevelt, Frl. Ethel und Kermit begrüßt hatte, er sie nach ihren Gemächern geleitet, wo sie sich rüsteten, um nachher von der Königin in ihrem kleinen Salon empfangen zu werden.

Königin Wilhelmine nahm Herrn Roosevelt's Arm, als das Gabelfrühstück serviert wurde, und der Prinz-Gemahl führte Frau Roosevelt. Nach dem Gabelfrühstück bemerkte die Königin, es täte ihr leid, daß sie den Amerikanern nicht ihr Töchterchen zeigen könnte, doch sei das Kind heute peinpit worden.

Der Sonderwagen, welcher auf Anordnung der Königin der amerikanistellt werden sollte, war nicht rechtzeitig zur Stelle, und so bestiegen denn Herr Roosevelt überall begrüßt, in der Station Apeldoorn ein Abteil der ersten Klasse des fahrplanmäßigen Zuges, um nach Amsterdam zu fahren. Die auf und vor dem Bahnhof versammelte Volksmenge brachte den Reisenden eine herzliche Ovation dar.

In Amsterdam hatten sich der Bürgermeister und eine Abordnung angesehener Bürger zum Empfang eingefunden. Der distinguierte Besucher wurde von diesen an den Wagen geleitet, während die auf dem Vorplatz vor dem Bahnhof versammelte Menge ehrfurchtsvoll das Haupt entblößte. Die Demonstration war völlig spontan. Nur ein paar Polizisten waren sichtbar, um den Andrang gegen die Wagen der Gäste in Schranken zu halten. Mit freudigem Zuruf wurde Herr Roosevelt überall begrüßt, als er durch die Stadt fuhr, um die Sehenswürdigkeiten in Augenschein zu nehmen.

„Ich bin erfreut, zur Heimat meiner Vorväter zurückzukommen", begann Herr Roosevelt. „Ich bin stolz auf die Tatsache, daß ich gutes holländisches Blut in meinen Adern habe. Meine Leute wanderten von hier aus, ehe Rembrandt und de Ruyter bekannt waren.

„Es tut mir leid, daß ich das Holländische nicht sprechen kann, welches meine Eltern mich lehrten. Eines Wiegenliedes aber erinnere ich mich noch."

Hier citierte Herr Roosevelt zur Freude seiner Zuhörer ein Wiegenlied. Er sprach dann über Bürgertum und pries Holland ob der guten Eigenschaften des Landes. Nachdem er seine Rede beendet hatte, wurde er enthusiastisch gefeiert, und von der Orgel ertönte das „Star Spangled Banner".

Neueste Nachrichten.

Konstantinopel, 2. Mai. — Es ist den türkischen Truppen unter General Scheffet Pascha bis jetzt noch nicht gelungen, die aufständischen Albanesen, die den Kocanik-Paß besetzt halten, zu schlagen. Am Dienstag verloren die Truppen 200 Mann und Scheffet Pascha wartete dann Verstärkungen ab, und eröffnete in der Zwischenzeit Unterhandlungen, um die Gegner zur Uebergabe zu bewegen. Am Donnerstag wurde der Kampf wieder eröffnet, und derselbe dauerte bis Freitag Nachmittag. Die Albanesen verteidigten jeden Fußbreit Boden aufs erbittertste und die Verluste auf beiden Seiten sind sehr groß.

Die Türken nahmen auf der nördlichen Seite des Passes eine sehr wichtige Stellung und hoffen, den ganzen Paß zu erobern. Es sind jetzt an drei verschiedenen Stellen albanesische Aufständische im Feld, von zweien der Schauplätze fehlt jede Nachricht.

Der Kachanik-Paß ist 12 Meilen lang und auf beiden Seiten von hohen, unersteiglichen Felswänden eingefaßt; 10,000 Albanesen halten denselben besetzt. Im Ganzen sieht die türkische Regierung die Lage als sehr bedenklich an.

Nach späteren Nachrichten sollen die türkischen Truppen in dem Kampf am Donnerstag und Freitag 600 Mann verloren haben.

Die Albanesen verlangen vollständige Amnestie, Abschaffung des Octroi und Aufhebung des Belagerungszustandes. Außerdem soll eine Unabhängigkeitsbewegung im Gange sein, und Prinz Medjed, ein Bruder des präsumptiven Thronerben, als Gouverneur des autonomen Albanien gewünscht werden.

Wie eine Depesche aus Saloniki meldet, sollen 500 Albanesen, hauptsächlich Frauen und Kinder, in dem durch die türkischen Truppen vorgenommenen Bombardement von Godaunz getötet worden sein.

Washington, 30. April. — In einer Botschaft, begleitet von einem detaillierten Bericht des Kriegsdepartements, sandte Samstag Präsident Taft dem Kongreß Auskunft über die Notwendigkeit, sofort mit der Befestigung des Panamakanals zu beginnen, damit man auch damit im Jahre 1915 fertig werden könne. In dem Begleitbericht ist nicht angegeben, wo die Fortifikationen errichtet werden sollen, und es heißt darin, daß erst festgestellt werden müsse, welche Landparzellen dem Kanal entlang verfügbar wären.

Als Bestückung der Fortifikationen sind in Aussicht genommen: zehn 14-zöllige Geschütze, zwölf 6-zöllige Geschütze und fünfundzwanzig 12-zöllige Mörser. Die Kosten werden auf über $14,000,000 veranschlagt.

Berlin, 30. April. — Das preußische Herrenhaus hat heute die Wahlrechtsvorlage mit 140 gegen 94 Stimmen angenommen. Fast einstimmig hatte es vorher den Drittelungs-Antrag des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Freiherrn v. Schorlemer, gutgeheißen, für welchen Ministerpräsident Dr. v. Bethmann-Hollweg auf das wärmste eingetreten war. Diese Neuerung sieht vor, daß die Drittelung der Wähler auf Bezirke mit zehntausend bis zwanzigtausend Einwohnern ausgedehnt werden soll. Sonst blieb die Maßregel unverändert, wie sie von der Sonderkommission gestaltet worden war.

Graf von Oppersdorff hatte als Vertreter des Centrums den Antrag Schorlemer auf das entschiedenste bekämpft, aber keine nennenswerte Unterstützung gefunden. Seine Haltung läßt indeß darauf schließen, daß das Centrum im Abgeordnetenhause den Kampf gegen diesen Antrag fortsetzen wird und damit die ganze Wahlrechts-Reform zum Scheitern bringen mag. In der Tat gilt Bestunterrichteten das Schicksal der Maßregel im Augenblick als durchaus fraglich.

Zeitweise Beunruhigung hat die Nachricht hervorgerufen, daß der Reichskanzler Dr. v. Bethmann-Hollweg erkrankt sei. Doch wurde die Besorgnis gehoben, als auf Grund ärztlicher Angaben konstatiert werden konnte, daß es sich nur um eine leichte Influenza handle, die in wenigen Tagen beseitigt sein dürfte.

Washington, 30. April. — Prinz Tsai Tao, der Bruder des Prinzregenten von China, Onkel des chinesischen Kaisers und Stabschef der chinesischen Armee, traf am Donnerstag in Washington ein. Der Prinz befindet sich auf einer Reise um die Welt und ist, wie verlautet, mit einer äußerst wichtigen diplomatischen Mission betraut.

Der Prinz wird bis Samstagabend in Washington verweilen. Während seines Aufenthaltes werden ihm zu Ehren zahlreiche gesellschaftliche Funktionen veranstaltet werden.

In Begleitung des Prinzen befindet sich ein zahlreiches Gefolge, darunter zehn Offiziere der neuen chinesischen Armee, welche die Militärinstitutionen in Europa und Amerika studieren.